

„Es ist gut, dass dieser Versuch der Krupp-Kliniken aus Tarifverträgen und Mitbestimmungsrechten zu fliehen, nun endlich gerichtlich untersagt wurde. Wir gratulieren den Mitarbeitern und ihrem Betriebsrat zum langen Atem“, so Karin Schnittker, OB-Kandidatin der DKP.

„Die Krupp-Stiftung, die in Essen ja oft fast schon einen Heiligenschein verpasst bekommt, hat durch ihr Vorgehen bewiesen, dass sie, wie leider die meisten Arbeitgeber, nur eines sieht, die Gewinnmaximierung, auf dem Rücken von Tarifverträgen, Mitbestimmung und Beschäftigten.“

„Allerdings wird dadurch der Anachronismus nicht beseitigt, der zu solchen Trickereien einlädt. Es ist eigentlich unvorstellbar, dass im 21. Jahrhundert Beschäftigte immer noch auf Tarifrechte und Mitbestimmung verzichten müssen, nur, weil ihr Arbeitgeber kirchlich ist oder behauptet dies zu sein. Die DKP fordert ein Ende dieser Ungleichbehandlung. Die Sonderrechte der Kirchen als Arbeitgeber müssen weg“, so Karin Schnittker weiter.

Presseerklärung v. 18. März 2009